



43. Sitzung

26.06.2020

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

Tagesordnungspunkt 1 Entwurf eines Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für Personen mit einer psychischen Erkrankung des Landes Sachsen-Anhalt (PsychKG LSA)
Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/5251**

wurde abgesetzt.

1. Bessere Opferhilfe und -entschädigung in Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4922**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung führte eine Beratung durch und erarbeitete eine Beschlussempfehlung an den Landtag.

2. Vorfall in der Justizvollzugsanstalt Halle (Roter Ochse) am 30.05.2020

Selbstbefassung Fraktion CDU - **ADrs. 7/REV/76**

Nach erfolgter Berichterstattung durch die Landesregierung führte der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung eine teilweise nichtöffentliche Beratung durch. Im Ergebnis der Beratung wurde der Selbstbefassungsantrag für erledigt erklärt.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, ein Fachgespräch zum Justizvollzug in Sachsen-Anhalt am 6. November 2020 durchzuführen.

3. Weiteres Vorkommnis in der Justizvollzugsanstalt Halle, „Roter Ochse“ im April 2020

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/REV/77**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung führte eine nichtöffentliche Beratung durch und erklärte den Selbstbefassungsantrag für erledigt.

4. Fachgespräch zur Situation in der Arbeitsgerichtsbarkeit in Sachsen-Anhalt

Selbstbefassung Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung - **ADrs. 7/REV/73**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verständigte sich darauf, eine gemeinsame Auswertung der Fachgespräche mit den Gerichtsbarkeiten durchzuführen.

5. Fachgespräch zur Situation in den Gerichtsbarkeiten des Landes Sachsen-Anhalt

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/REV/78**

Der Ausschuss verständigte sich darauf, ein Fachgespräch mit den Gerichtsbarkeiten sowie den Staatsanwaltschaften am 2. Oktober 2020 durchzuführen.

6. Verschiedenes

6.1 Niederschriften

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung billigte die Niederschriften über die 40. Sitzung am 24. April 2020 (öffentlicher und nichtöffentlicher Teil) sowie über die 41. Sitzung am 15. Mai 2020.

6.2 Petition 7-J/00133 - Erhalt der JVA Volkstedt

Der Ausschuss verständigte sich darauf, eine Stellungnahme zur Petition in der nächsten Ausschusssitzung zu erarbeiten.

6.3 Aufhebung der Vertraulichkeit

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verständigte sich darauf, die Vertraulichkeit von Ausschusssniederschriften und Unterlagen im Zusammenhang mit der Beratertätigkeit im Fall Oury Jalloh aufzuheben. Diese Entscheidung erging mit der Maßgabe, dass der Schutz personenbezogener Daten zu beachten ist.

6.4 Treffen der fachpolitischen Sprecher

Zur Erörterung des weiteren Umgangs mit dem zu erwartenden Bericht der Berater im Fall Oury Jalloh wurde ein Treffen der fachpolitischen Sprecher am Rande der 51. Sitzungsperiode des Landtages (8. – 10. Juli 2020) vereinbart.

6.5 Termine

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung findet am 28. August 2020 unter anderem mit folgenden Tagesordnungspunkten statt.

- Vorlage der Akten im Fall Oury Jalloh
Beschluss Landtag Drs. **7/2143**
Aufklärung im Todesermittlungsverfahren Oury Jalloh muss vorangetrieben werden
Antrag Fraktion DIE LINKE Drs: **7/1851**
- Petition **7-J/00133** - Erhalt der JVA Volkstedt

Jörg Drebenstedt
Ausschussdienst
